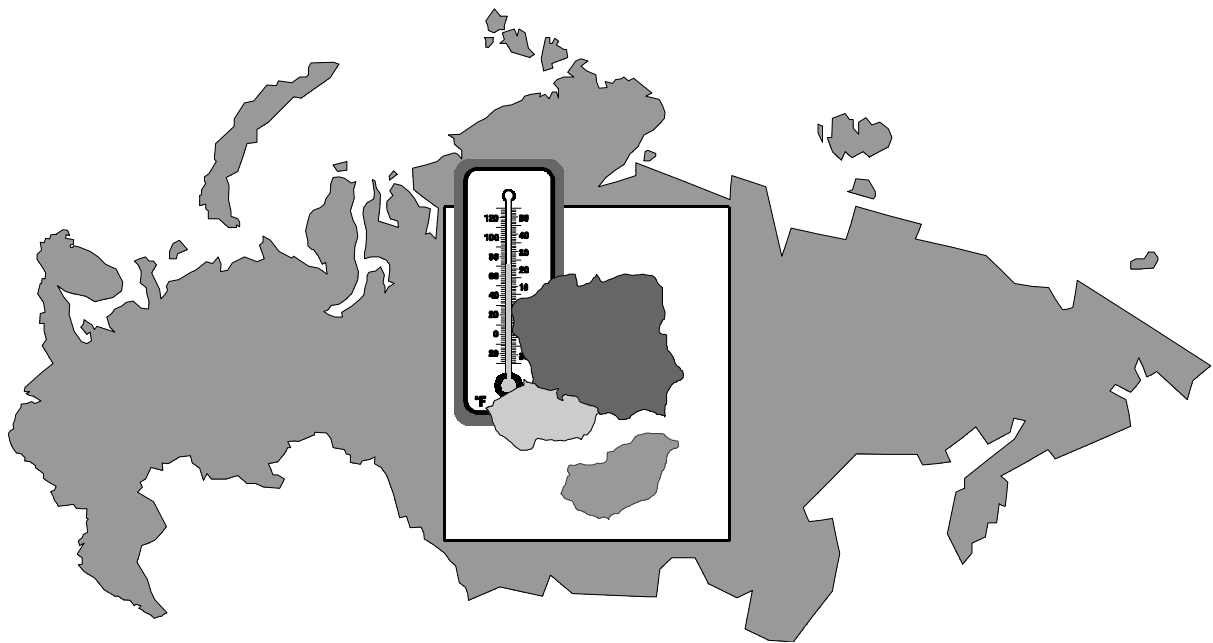


TRANSFORMATIONSBAROMETER OSTEUROPA 1999

**Zur Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft
in Polen, Tschechien, Ungarn und Rußland**



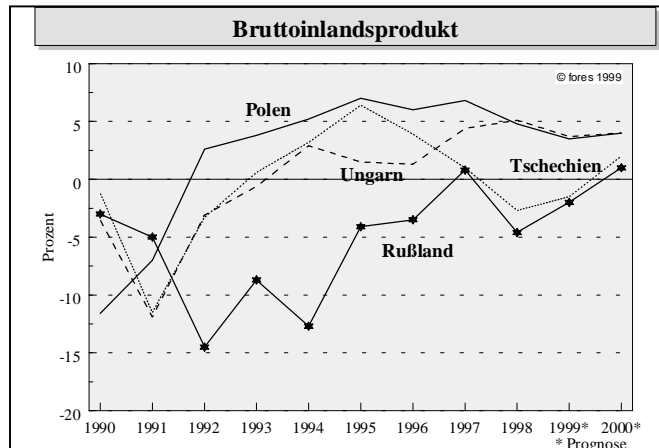
Arbeitspapiere zur Transformationsforschung der
Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V.
Nr. 7

Köln, Oktober 1999

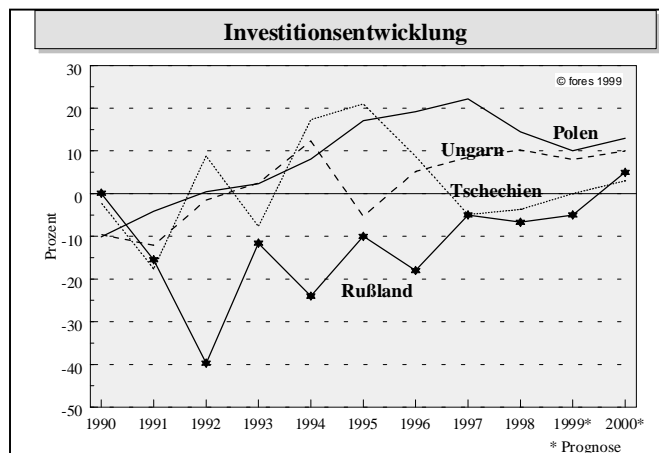
Vor allem in Rußland, aber auch in Polen zeigt sich die Mehrheit der Bevölkerung 1999 in zunehmendem Maße unzufrieden mit der Durchführung der Reformmaßnahmen. In beiden Ländern wächst auch die Kritik an der Marktwirtschaft; Tschechen und Ungarn finden sich dagegen allmählich immer besser in dem neuen Wirtschaftssystem zurecht. Das Transformationsbarometer Osteuropa (TBO) der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, Köln, untersucht jährlich, wie sich die Transformationsprozesse in Mitteleuropa, an objektiven und subjektiven Indikatoren gemessen, entwickeln.

Wirtschaftslage

Der seit 1992 ungebrochene Wachstumskurs der polnischen Wirtschaft hat sich im Verlauf des Jahres 1998 vorübergehend abgeschwächt. Die sinkende Nachfrage aus den Ländern der Europäischen Union sowie aus Rußland führte zu einem starken Rückgang der Industrieproduktion. Der Zufluß an ausländischen Direktinvestitionen blieb jedoch unvermindert rege und bildet eine solide Grundlage für zukünftiges Wachstum. Obwohl bei der Inflations-



bekämpfung Fortschritte erzielt werden konnten, ist die Preissteigerungsrate insgesamt noch immer zu hoch. Der polnische Arbeitsmarkt bleibt angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage sowie der Anfang des Jahres begonnenen Strukturreformen (soziale Sicherungssysteme, Verwaltungsreform, Stahlindustrie, Bergbau) angespannt; auch in den nächsten Jahren ist daher mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Die im letzten Jahr spürbar zurückgegangene Konsumgüternachfrage betraf westliche Konsum- und Investitionsgüter allerdings nur unwesentlich – das starke Importwachstum sowie kaum gestiegene Exporte halten das Außenhandelsdefizit auf einem insgesamt hohen Niveau. Die Landwirtschaft bleibt die Achillesferse der polnischen Volkswirtschaft: ein hoher Beschäftigungsgrad in diesem Sektor und die geringe Wettbewerbsfähigkeit polnischer Kleinbetriebe erschweren die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.



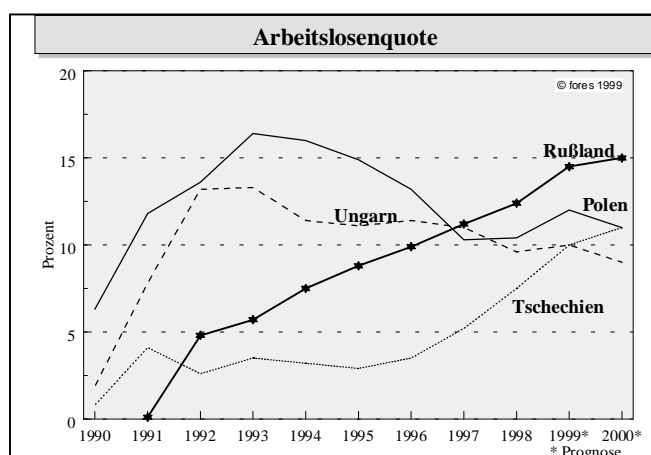
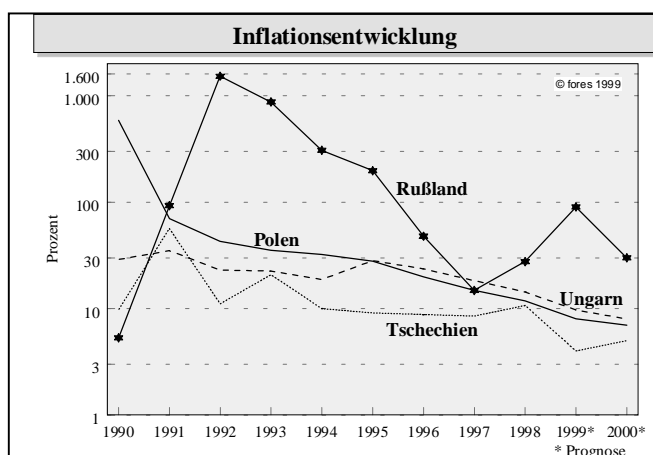
Die tschechische Wirtschaft befindet sich seit 1997 in einer Rezession. Die Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung ist weitgehend hausgemacht: die instabile politische Lage in Tschechien verhindert oder verzögert zumindest dringend notwendige Reformschritte und schreckt zudem ausländische Investoren ab. In Kombination mit den zu hohen Reallöhnen schwächt der Rückgang in- und ausländischer Direktinvestitionen die Wettbewerbsposition und den Wachstumsspielraum des Landes. Die tschechische Regierung hat unter dem Druck des steigenden Budgetdefizits mit der Privatisierung der großen Banken begonnen, denen bei der strukturellen Reform der tschechischen Volkswirtschaft eine Schlüsselfunktion zukommt.

Mit der Entflechtung von Großbanken und Industriebetrieben steigt die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche und damit die Arbeitslosigkeit, allerdings ist diese im Vergleich zu den anderen TBO-Staaten noch immer niedrig. Tschechien droht jedoch, seine Rolle als "Klassenerster" unter den Transformationsstaaten mittelfristig an Ungarn und Polen zu verlieren.

Die Wirtschaft in *Ungarn* befindet sich seit 1997 in einer Expansionsphase. Das kräftige Wirtschaftswachstum wird in erster Linie von der Industrieproduktion getragen. Aufgrund steigender Reallöhne und eines leichten Rückgangs der Arbeitslosigkeit kann die Bevölkerung zunehmend am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben. Ungarn verzeichnet nach Polen den kräftigsten Zustrom an ausländischem Investitionskapital, das eine wichtige Stütze des wirtschaftlichen Wachstums darstellt. Der ungarische Außenhandel konzentriert sich weitgehend auf die westeuropäischen Märkte; stark ansteigende Exporte in den letzten beiden Jahren ermöglichten eine Senkung des Leistungsbilanzdefizits, zugleich steigt jedoch die Abhängigkeit der ungarischen Wirtschaft von der konjunkturellen Entwicklung im EU-Raum. Mit der insgesamt positiven Entwicklung des Transformationsprozesses, die aber von der noch immer hohen Inflation und einem überbordenden Haushaltsdefizit getrübt wird, rückt Ungarn an die erste Stelle der EU-Beitrittskandidaten.

Seit der Währungs- und Finanzkrise im August 1998 hat sich der wirtschaftliche Niedergang in *Rußland* verschärft.

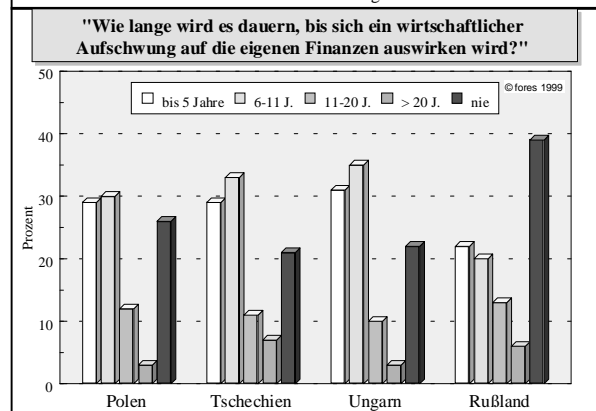
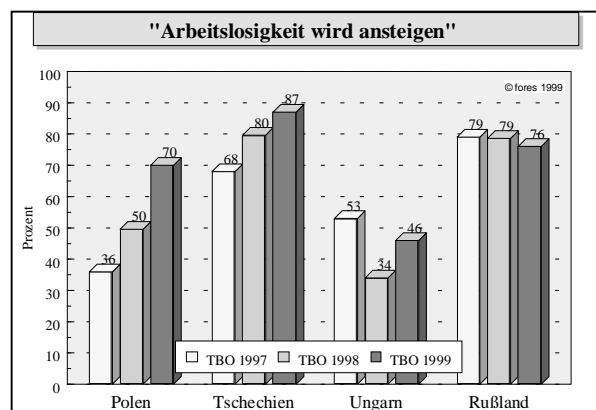
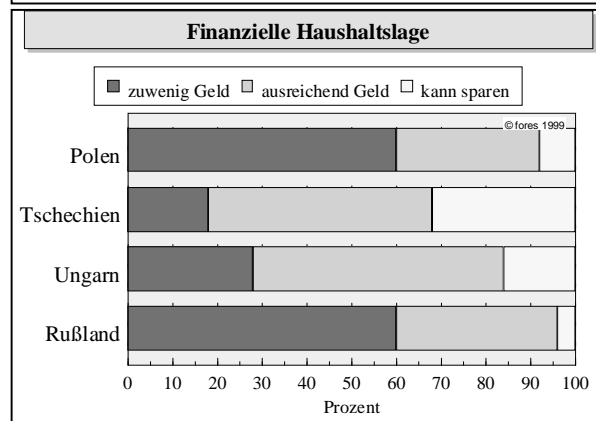
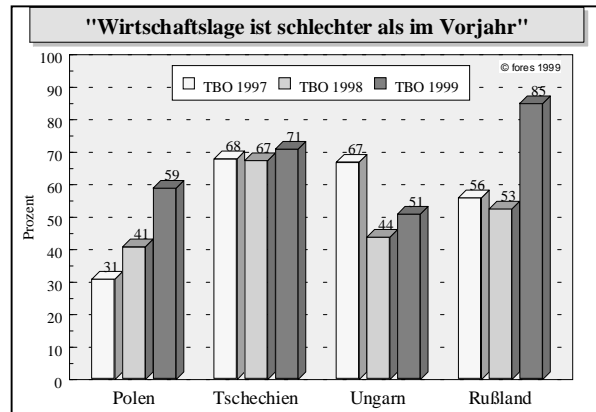
Die mit einer drastischen Erhöhung der Staatsverschuldung einhergehende Stabilitätspolitik der Regierung scheiterte vor dem Hintergrund ausbleibender struktureller Reformen. Schwere Mängel bei den institutionellen Rahmenbedingungen (Eigentumsordnung, Bodenreform, Steuersystem, Korruptions- und Kriminalitätsbekämpfung) sowie die instabile politische Situation verhindern weiterhin den Zufluß des dringend benötigten ausländischen Investitionskapitals; die Investitionstätigkeit ist fast vollständig zum Erliegen gekommen. Die Wachstumsentwicklung verläuft negativ, Inflation und Arbeitslosigkeit sind im letzten Jahr stark gestiegen. Weite Teile der russischen Bevölkerung sind von Armut betroffen. Die russische Regierung verschleppt notwendige Reformen wie die des Steuersystems und verhindert damit eine Sanierung des defizitären Staatshaushaltes sowie den Abbau der drückenden Auslandsschulden. Auch die Privatisierung von Staatsbetrieben und die Zerschlagung von Monopolstrukturen (vor allem im exportrelevanten Energiesektor) verläuft nach den Privatisierungsschüben der frühen 90er Jahre schleppend und hat nicht selten ineffiziente bzw. oligarchische Strukturen zementiert. Eine grundlegende Erholung der russischen Wirtschaft erscheint im Hinblick auf die instabilen politischen, rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen mittelfristig fragwürdig.



Weitere Eintrübung des Wirtschaftsklimas

Die Stimmung in der Bevölkerung der Reformstaaten Mitteleuropas hat sich insgesamt verschlechtert: die *allgemeine wirtschaftliche Entwicklung* wird im Vergleich zum Vorjahr als schlechter bewertet. Dabei fällt die Kritik der Ungarn noch relativ moderat aus, wo lediglich jeder zweite eine Verschlechterung konstatiert. Dramatisch dagegen die Entwicklung in Rußland: 85%, fast ein Drittel mehr als im Vorjahr, beklagen eine Verschlechterung. Auch in Polen, von der Rußlandkrise mitbetroffen, ist dieser Anteil im Vorjahresvergleich um ein Fünftel auf 59% gestiegen. In beiden Ländern beklagt man ebenfalls die finanziellen Engpässe der *privaten Haushalte*: jeweils 60% der Befragten kommen mit ihrem Geld nicht mehr aus. In Tschechien blieb der Anteil derer, die eine wirtschaftliche Talfahrt beklagen, relativ konstant (71%). Die gegenseitige Unterstützung, vor allem durch die Familie, spielt weiterhin eine große Rolle. Allerdings meinen 69% der Tschechen und 75% der Russen, die *Hilfsbereitschaft* innerhalb der Bevölkerung habe im Vergleich zu früher nachgelassen, während sie in Polen nach Aussage von 39% gleichgeblieben ist.

In Polen und Rußland ist die Angst vor einer zunehmenden *Inflation* am größten; einen Anstieg der *Arbeitslosigkeit* befürchten nach wie vor drei Viertel der Russen, aber mittlerweile auch deutlich mehr Menschen in Polen (70%) und Tschechien (87%). Die *Zukunftsaussichten* werden pessimistisch bewertet; mittelfristig befürchten die Menschen eher eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage. Mit einer *spürbaren Verbesserung* rechnet die Mehrheit frühestens in sechs bis zehn Jahren. Besorgniserregend ist, daß 26% der Polen und 39% der Russen bereits jegliche Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen Lage infolge eines Wirtschaftsaufschwungs aufgegeben haben. Diese Resignation macht sich vor allem unter älteren, schlecht ausgebildeten Menschen mit geringem Einkommen breit.

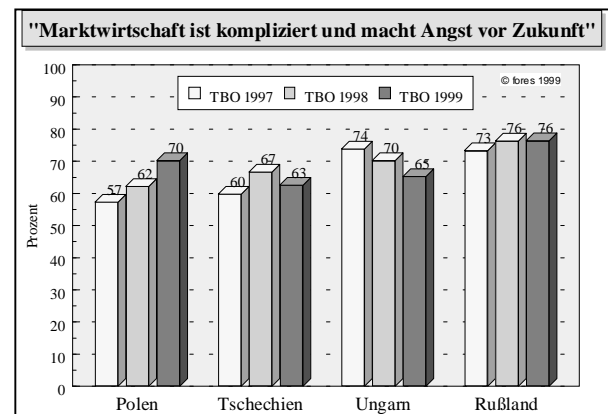
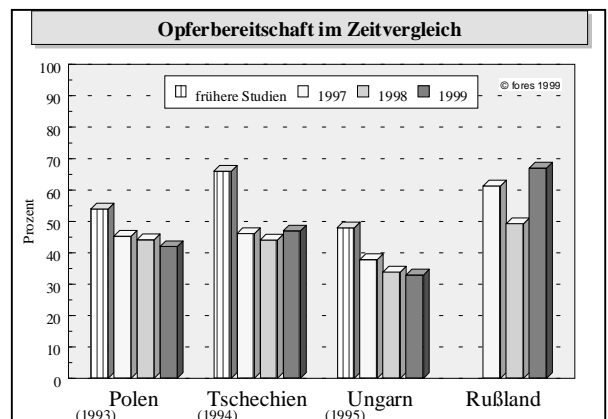
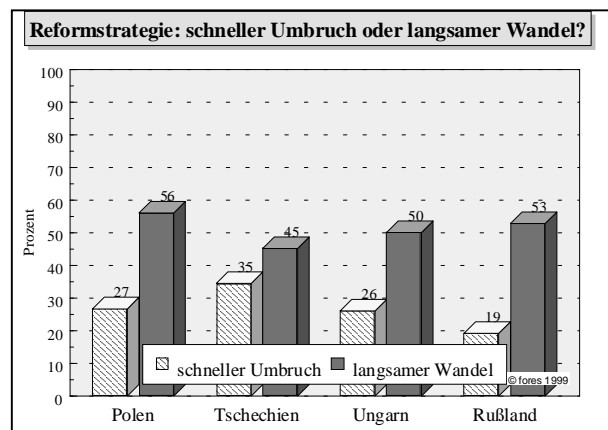
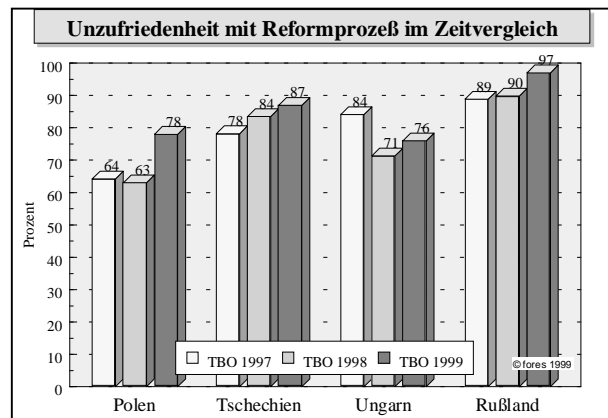


Bevölkerung will langsamen Wandel

Nie war die Enttäuschung der Menschen über den Reformprozeß in den untersuchten Ländern so groß wie heute - 97% der Russen und 87% der Tschechen sind *unzufrieden* mit der Durchführung der Reformmaßnahmen! Selbst in Ungarn, wo 1998 die Unzufriedenheit leicht zurückging, hat sich der Trend wieder umgekehrt und drei Viertel der Bevölkerung äußern sich unzufrieden. Stark gestiegen ist die Kritik in Polen: waren es im Vorjahr noch weniger als zwei Drittel, so stieg der Anteil der Unzufriedenen 1999 auf über drei Viertel (78%). Gleichzeitig hat sich die Präferenz der *Reformstrategie* verändert: während sich 1998 noch eine Mehrheit der Polen für einen schnellen Wechsel aussprach, gibt man nun - wie in den anderen Reformländern auch - einem langsamen Wandel den Vorzug.

Konnten die Politiker in den Visegrádstaaten bis Mitte der 90er Jahre noch auf eine gewisse *Opferbereitschaft* in der Bevölkerung zählen, so schlägt die Kritik an den Reformen nun zunehmend in eine Verweigerungshaltung um: mehr als die Hälfte der Polen und Tschechen sowie zwei Drittel der Ungarn weisen heutzutage jegliche zusätzliche Einschränkung als Gegenleistung für einen baldigen Aufschwung strikt zurück. Nur in Rußland scheint die Opferbereitschaft ungebrochen: zwei Drittel würden weitere Einschränkungen für eine baldige Verbesserung der Wirtschaftslage hinnehmen.

Die *Akzeptanz der Marktwirtschaft* wird in den Reformstaaten deutlich von der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und der Stimmungslage in der Bevölkerung beeinflusst. Drei Viertel der Russen fühlen sich durch die marktwirtschaftlichen Verhältnisse verunsichert und äußern Angst vor der Zukunft. Deutlich zugenommen hat diese Angst auch in Polen, von 57% vor zwei Jahren zu 70% in diesem Jahr. Vor allem in Polen ist im Laufe der letzten zwei Jahre ein bedrohlicher Wandel von marktwirtschaftsfreundlichen Einstellungen zu Resignation, Frustration und Nostalgie festzustellen. Konnte man in Polen 1997 noch etwa jeden Dritten als *Befürworter* der Marktwirtschaft bezeichnen, so traf dies im

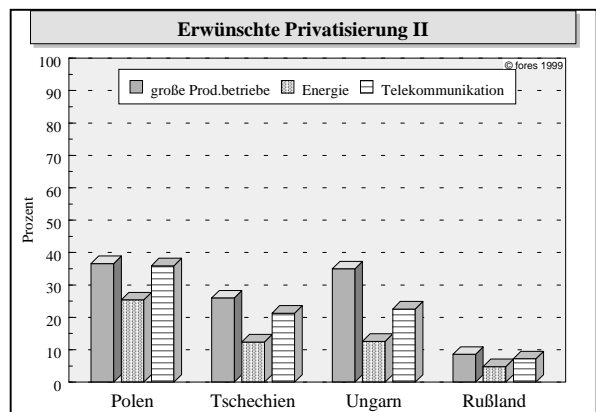
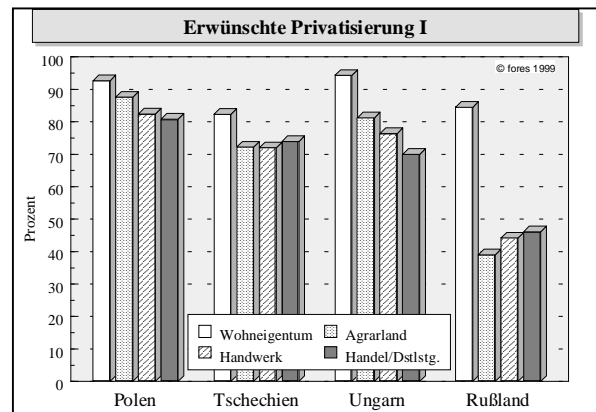
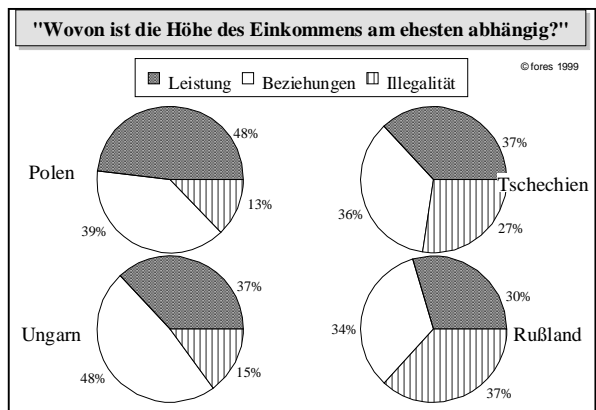
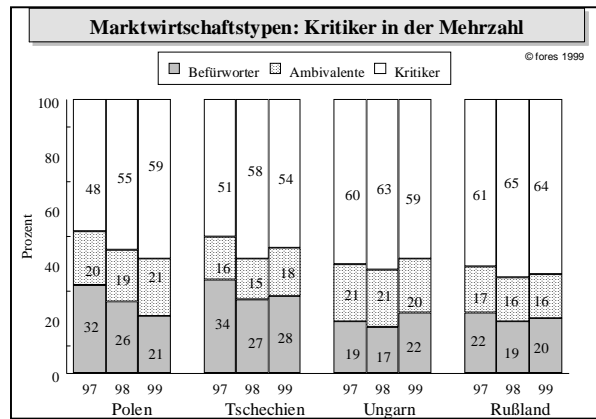


Vorjahr noch auf jeden Vierten, heute aber nur noch auf jeden Fünften zu; der Anteil der Gegner ist dagegen kontinuierlich auf 59% gestiegen. In allen Reformstaaten überwiegt der Anteil der *Kritiker* der Marktwirtschaft deutlich den der Befürworter. In Ungarn und Tschechien ist allerdings im Zeitvergleich der Anteil derjenigen, die uneingeschränkt positiv zur Marktwirtschaft stehen, leicht auf 22 bzw. 28% gestiegen.

Das negative Image der Marktwirtschaft läßt sich auch am Stellenwert der Korruption im osteuropäischen Alltag ablesen: mehr als jeder zweite sieht nicht in der eigenen *Leistung* den wichtigsten Faktor für die Einkommenshöhe, sondern vielmehr in den richtigen *Beziehungen* oder in der Bereitschaft zu *illegalen Aktivitäten*. Während nach den Erfahrungen der Menschen in Ungarn vor allem die Beziehungen ausschlaggebend sind, erweist sich nach Meinung von 37% der Russen die Bereitschaft Gesetze zu übertreten als sehr nützlich zur Anhebung des Einkommens.

Die Vorbehalte gegenüber der Marktwirtschaft zeigen sich auch in den Einstellungen zur *Privatisierung*. Zwar ist die Privatisierung in den Bereichen Immobilien, Handwerk, Handel, Dienstleistungen oder Landwirtschaft in den Visegrádstaaten unumstritten. ‚Strategisch wichtige‘ Bereiche wie Energie, Telekommunikation oder große Produktionsbetriebe aber sieht die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor lieber in staatlicher Hand. In Rußland spricht sich zudem eine knappe Mehrheit gegen die Privatisierung der Landwirtschaft und immerhin ein Drittel gegen private Handwerks-, Handels- oder Dienstleistungsbetriebe aus.

Ähnlich steht es um das Prinzip der *privaten Vorsorge*. Jahrzehntlang finanzierte der Staat die sozialen Sicherungssysteme. Entsprechend überwiegt in allen Ländern die Ablehnung einer privaten Übernahme der Kosten z.B. im Gesundheitsbereich; am stärksten ist diese Ablehnung in Ungarn (59%) und Tschechien (45%).

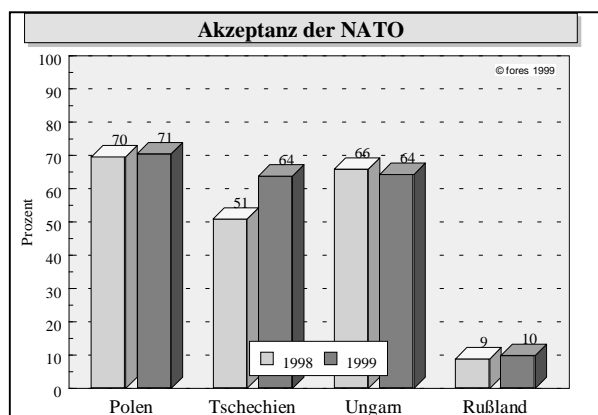
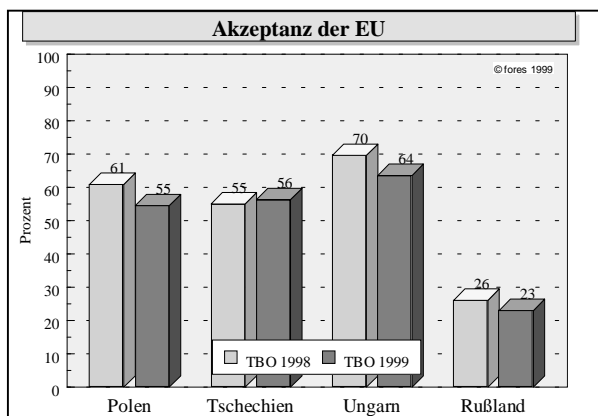
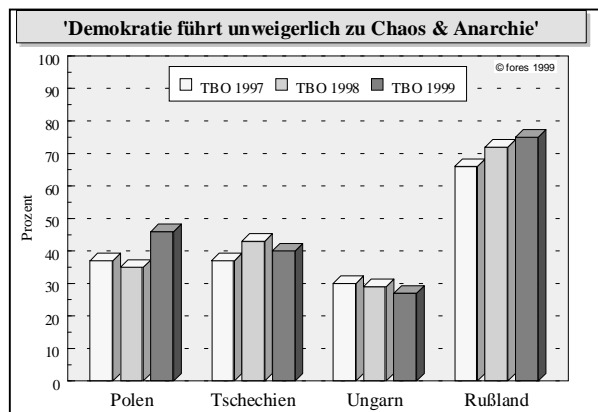
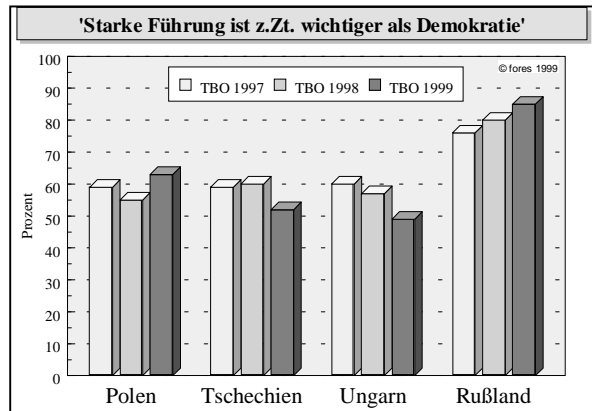


Sicherheit hat Vorrang

Auch nach einer Dekade Demokratie und Marktwirtschaft fühlt sich die Bevölkerung in den Reformstaaten durch die vielen Systemneuerungen verunsichert. Sicherheit genießt daher auf allen Ebenen absolute Priorität. Auf der Individualebene zählt Sicherheit zu den meistgenannten Werten und rangiert in fast allen Ländern nur knapp hinter dem Wert der Familie. In allen Ländern ist die Furcht vor Kriminalität im Übergangsprozeß deutlich gestiegen. Im Beruf werten die Menschen in den Reformstaaten heutzutage ein kleines, sicheres Einkommen höher als einen hohen, aber unsicheren Verdienst. Ebenso zählt ein sicherer Arbeitsplatz mehr als die freie Wahl des Berufes; allein in Tschechien findet eine starke Minderheit von 44% die freie Berufswahl wichtiger.

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, weshalb auf der politischen Ebene einer starken Führung sowie Ruhe und Ordnung im Land Vorrang vor Freiheit und Demokratie eingeräumt wird. Diese Einstellungen, die mehr das Streben nach Sicherheit widerspiegeln als einen gefährlichen Trend zu politischem Extremismus anzuzeigen, finden in allen Reformstaaten eine weite Verbreitung, besonders aber in Rußland, wo 85% eine starke Führung mehr schätzen als demokratische Verhältnisse. Für drei Viertel der russischen Bevölkerung zählt innere Sicherheit mehr als Freiheit und führt Demokratie unausweichlich zu Chaos und Anarchie; dies wundert nicht, wenn man sich die in Rußland allgegenwärtige Kriminalität, die Korruption, den Machtmißbrauch und das sich ständig drehende Politikarussell vor Augen führt.

Auch die Mehrheit der Tschechen und Ungarn bewerten eine starke Führung und die innere Sicherheit höher als Demokratie und Freiheit. Die Mehrheit der polnischen Bevölkerung glaubt mittlerweile sogar, Demokratie führe unausweichlich zu Chaos und Anarchie - eine Meinung, die in den Vorjahren noch mehrheitlich abgelehnt wurde. Vieles spricht aber dafür, daß die polnische Wirtschaft derzeit nur eine kurze Krise durchlebt, und es ist zu hoffen, daß ein erneuter Aufschwung auch die Stimmung der Bevölkerung



wieder verbessern wird.

Vergleichsweise beständig verhalten sich die Einstellungen der Menschen in den Reformstaaten zu den neuen Bündnissystemen. Für die Beitrittskandidaten zählt auch hier der Sicherheitsaspekt offenbar wieder mehr als die wirtschaftliche Verflechtung: deutlicher noch als zur EU-Mitgliedschaft bekennt sich die Bevölkerung in den Visegrádstaaten zum NATO-Beitritt, der seit dem Frühjahr für diese Länder zur langersehnten Realität geworden ist. Dagegen äußern die Russen mehr Verständnis für die Aufnahmebestrebungen zur Europäischen Union; immerhin etwa ein Viertel der Bevölkerung unterstützt diesen Schritt, während nur jeder zehnte Russe die ehemaligen Verbündeten in den Reihen der NATO-Staaten wiederfinden möchte. In beiden Fällen ist jedoch der weitaus größte Teil der Bevölkerung unsicher; mindestens jeder zweite Russe hat keine endgültige Meinung zur EU- bzw. NATO-Mitgliedschaft der Visegrádstaaten. Allerdings sprechen sich etwa doppelt so viele Russen gegen eine Mitgliedschaft in der NATO (ca. 35%) wie gegen die Aufnahme in die EU aus.

Diese Kurzfassung von Ergebnissen einer empirischen Studie, deren Erhebungen im März 1999 durchgeführt wurden, basiert im wesentlichen auf

**Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen:
Transformationsbarometer Osteuropa 1999.**

Unter Mitarbeit von Wolfgang Franzen und Wolfgang Uellner.
Schriftenreihe der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Band 3
Frankfurt/Main, New York, Campus Verlag 1999. 190 Seiten, zahlreiche Abb.
DM 58,- ISBN 3-593-36303-8

Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V. ❖ Klosterstr. 1 ❖ D-50931 Köln
Tel. 0221/40 26 48 o. 40 27 41 ❖ Fax 0221/40 70 95
e-mail: fores@uni-koeln.de ❖ internet: www.uni-koeln.de/extern/fores/